

Baden-Württemberg und Thüringen im Vergleich: Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte 1991 bis 2022

Werner Münzenmaier

Dr. Werner Münzenmaier war früher Referent im Statistischen Landesamt und zuletzt Referatsleiter im Finanzministerium Baden-Württemberg. Er lebt inzwischen in Erfurt/Thüringen.

1 Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Reihe 1, Länderergebnisse Band 5, Entstehung, Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2023, Berechnungsstand August 2023/ Februar 2024. Fellbach, Juni 2024.

2 Das Primäreinkommen und das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte werden für Länder der Bundesrepublik Deutschland stets einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck nachgewiesen. Der entsprechende Anteil fällt beim Primäreinkommen 2022 mit gerade einmal 0,1 % jedoch kaum ins Gewicht. Beim verfügbaren Einkommen ist der Umfang der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck mit einem Anteil von 3 % allerdings schon gewichtiger. Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 1.4, Inlandsproduktberechnung – Detaillierte Jahresergebnisse 2022. Wiesbaden, September 2023, S. 304/305. Allerdings kommen die aus den Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck resultierenden Leistungen überwiegend auch den privaten Haushalten zugute.

Auch über drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung sind bei den Einkommen der privaten Haushalte noch erhebliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland festzustellen. Dies betrifft trotz der Ausgleichswirkungen des deutschen Steuer-, Abgaben- und Sozialsystems auch das verfügbare Einkommen, weshalb den privaten Haushalten in Ostdeutschland durchschnittlich weniger Geldmittel für Konsumausgaben und für Ersparnisbildung zur Verfügung stehen. Die damit verbundenen Fragen und Auswirkungen auf die allgemeinen Lebensverhältnisse werden in diesem Beitrag beispielhaft für die Länder Baden-Württemberg und Thüringen näher analysiert. Wichtigste Datenquelle sind Ergebnisse des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“¹, zusätzlich werden weitere Statistiken und Erhebungen herangezogen.

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

■ Übergang vom Primäreinkommen der privaten Haushalte

Die Einkommen der privaten Haushalte² in Baden-Württemberg und in Thüringen wurden in dieser Schriftenreihe für den Zeitraum 1991 bis 2022 bereits ausführlich untersucht.³ Dabei konnte für die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, also das Primäreinkommen der privaten Haushalte, je Einwohnerin bzw. Einwohner über die Jahre hinweg ein großer Abstand zwischen beiden Ländern festgestellt werden, weil Baden-Württemberg bei allen Einkommensarten (Arbeitnehmerentgelt, Nettobetriebsüberschuss und Selbstständigeneinkommen, Vermögenseinkommen) erheblich höhere Pro-Kopf-Werte erzielen konnte als Thüringen. Interessanterweise war der Unterschied im aktuellen Jahr 2022 mit 10 838 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner (EW) kaum geringer als 1991, dem ersten Jahr nach der Wiedervereinigung, mit damals 11 149 Euro je EW. Auch die relative Lücke, also der Abstand bezogen auf den Wert Baden-Württembergs, blieb in diesen Jahren

noch recht hoch, auch wenn sie sich zwischen 1991 mit 61,5 % und 2022 mit 31,1 % praktisch halbiert hat.

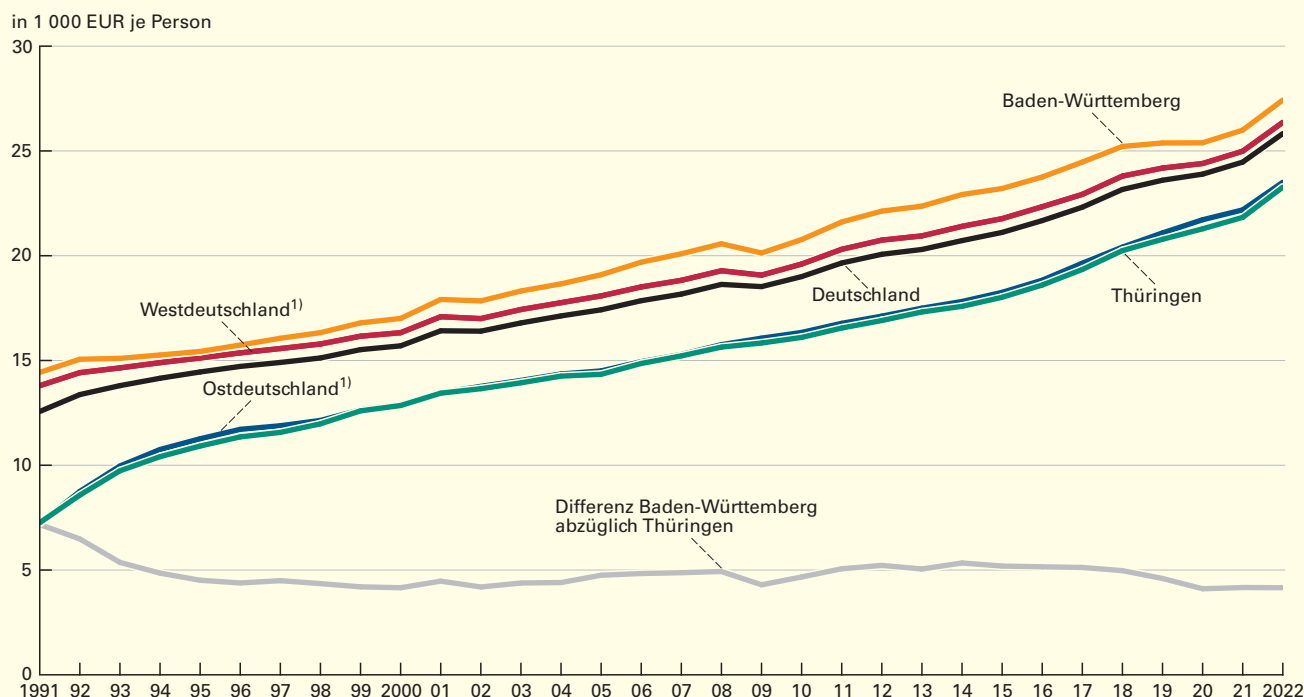
Das deutsche Steuer-, Abgaben- und Sozialsystem bewirkt nun, dass sich die Unterschiede beider Länder beim verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen deutlich abschwächen. Die Ursachen hierfür sind zum einen überproportional hohe Abzüge durch Einkommen- und Vermögensteuern sowie Sozialbeiträge im einkommensstärkeren Baden-Württemberg bzw. überproportional hohe laufende Transfers im einkommensschwächeren Thüringen. Durch die damit verbundenen Umverteilungseffekte lag das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohnerin bzw. Einwohner in allen Jahren des Untersuchungszeitraums in Baden-Württemberg um rund ein Fünftel unter dem Primäreinkommen, in Thüringen dagegen auf etwa gleicher Höhe. Die Folge ist ein in Höhe und Entwicklung beim verfügbaren Einkommen erheblich geringerer Abstand zwischen beiden Ländern: Betrug er 1991 noch 7 175 Euro je EW oder (bezogen auf Baden-Württemberg) 49,7 %, ist er bis 2022 auf den seitherigen Tiefpunkt von 4 157 Euro je EW bzw. 15,2 % zurückgegangen. Sowohl absolut als auch relativ war damit die Lücke 2022 weniger als halb so groß wie beim Primäreinkommen der privaten Haushalte.

■ Entwicklungslinien

Die Entwicklung des verfügbaren Einkommens beider Länder geht aus *Schaubild 1* hervor. Danach konnten die privaten Haushalte 1991 in Baden-Württemberg mit 14 432 Euro je EW über ein fast doppelt so hohes Einkommen verfügen wie diejenigen in Thüringen mit 7 257 Euro je EW, die Lücke betrug 1991 wie ausgeführt 7 175 Euro je EW. Sie ist in den anschließenden Jahren bis 1996 mit 4 382 Euro je EW rasch kleiner geworden und hat im Jahr 2000 nur noch 4 155 Euro je EW betragen. Anschließend hat sich allerdings eine fast kontinuierliche Vergrößerung bis auf 5 337 Euro je EW im Jahr 2014 ergeben, womit das Niveau des Jahres 1993 (5 364 Euro je EW) fast wieder erreicht wurde. Mindest-

S1

Entwicklung des Verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte*) je Einwohnerin bzw. Einwohner in Baden-Württemberg und in Thüringen 1991 bis 2022



*) Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck. – 1) Jeweils ohne Berlin.
Datenquelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

504 24

tens genauso bemerkenswert ist der nachfolgende Rückgang bis auf 4 157 Euro je EW im aktuellen Jahr 2022, den niedrigsten Wert im gesamten Betrachtungszeitraum.

Im Einzelnen ist das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte zwischen 1991 und 2022 in Baden-Württemberg von 14 432 auf 27 429 Euro je EW angestiegen, hat sich also knapp verdoppelt. In Thüringen hat sich das Verfügbare Einkommen von 7 257 auf 23 272 Euro je EW erhöht und damit mehr als verdreifacht. Besonders ausgeprägt war der Wachstumsvorsprung Thüringens in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre. Er hat in den Folgejahren weitgehend angehalten, allerdings in merklich verringertem Ausmaß. Immerhin war im Zeitraum 1991 bis 2000 die Ausweitung des Verfügbaren Einkommens in Thüringen mit +77,1 % fast viereinhalbmal so groß wie in Baden-Württemberg mit +17,8 %. In den beiden letzten Dekaden, konkret zwischen 2000 und 2022, hat sich das Wachstum des Verfügbaren Einkommens mit +81,1 % in Thüringen und +61,3 % in Baden-Württemberg deutlich angenähert, zwischen 2010 und 2014 wurden in Baden-Württemberg teilweise sogar höhere jährliche Steigerungsraten erreicht als in Thüringen.

Im gesamten Zeitraum lagen die Verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen in Baden-Württemberg über und in Thüringen unter dem Bundesdurchschnitt, wenngleich auch in dieser Hinsicht ein Aufholen Thüringens stattgefunden hat. Außerdem hat Baden-Württemberg den Durchschnitt Westdeutschlands (ohne Berlin) in allen Jahren deutlich übertroffen, dagegen Thüringen das Niveau der ostdeutschen Flächenländer ab 1992 stets leicht verfehlt (*Schaubild 1*).

Konsumausgaben der privaten Haushalte

■ Entwicklungslinien

In *Schaubild 2* ist die Entwicklung der Konsumausgaben der privaten Haushalte je Kopf der Bevölkerung in Baden-Württemberg und in Thüringen sowie in den Vergleichsgebieten für den Zeitraum 1991 bis 2022 dargestellt. Eine Gegenüberstellung mit dem Verfügbaren Einkommen in *Schaubild 1* zeigt einen bis 2019 ähnlichen Verlauf. Dies ist wenig verwunderlich, weil in beiden Ländern der überwiegende Teil des Verfügbaren Einkommens konsumiert wird: Im Betrachtungszeitraum hat sich die entsprechende Konsumquote in

3 Münzenmaier, Werner: Baden-Württemberg und Thüringen im Vergleich: Bruttolöhne und -gehälter 1991 bis 2022, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 4/2024, S. 24–37. Derselbe: Baden-Württemberg und Thüringen im Vergleich: Bruttolöhne und -gehälter im produzierenden Gewerbe 1991 bis 2023, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 5/2024, S. 29–39. Derselbe: Baden-Württemberg und Thüringen im Vergleich: Bruttolöhne und -gehälter in den Dienstleistungsberufen 1991 bis 2023, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 8/2024, S. 27–43. Derselbe: Baden-Württemberg und Thüringen im Vergleich: Einkommen der privaten Haushalte 1991 bis 2022, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 10/2024, S. 3–17.

Baden-Württemberg zwischen 87,3 % im Jahr 1991 und 91,9 % in den Jahren 2000 und 2013 und damit in einer recht engen Bandbreite bewegt; nur in den durch die Coronapandemie geprägten Jahren 2020 und 2021 war sie mit 84,6 % und 86,2 % merklich kleiner. In Thüringen war diese Quote in jedem Jahr größer als in Baden-Württemberg. Abgesehen vom Coronajahr 2020 mit 89 % wurde dort die niedrigste Quote im Jahr 1993 mit 90,7 % und die höchste im Jahr 2013 mit 95,3 % gemessen, das sind für die beiden Extremjahre jeweils 3,4 Prozentpunkte mehr als in Baden-Württemberg.

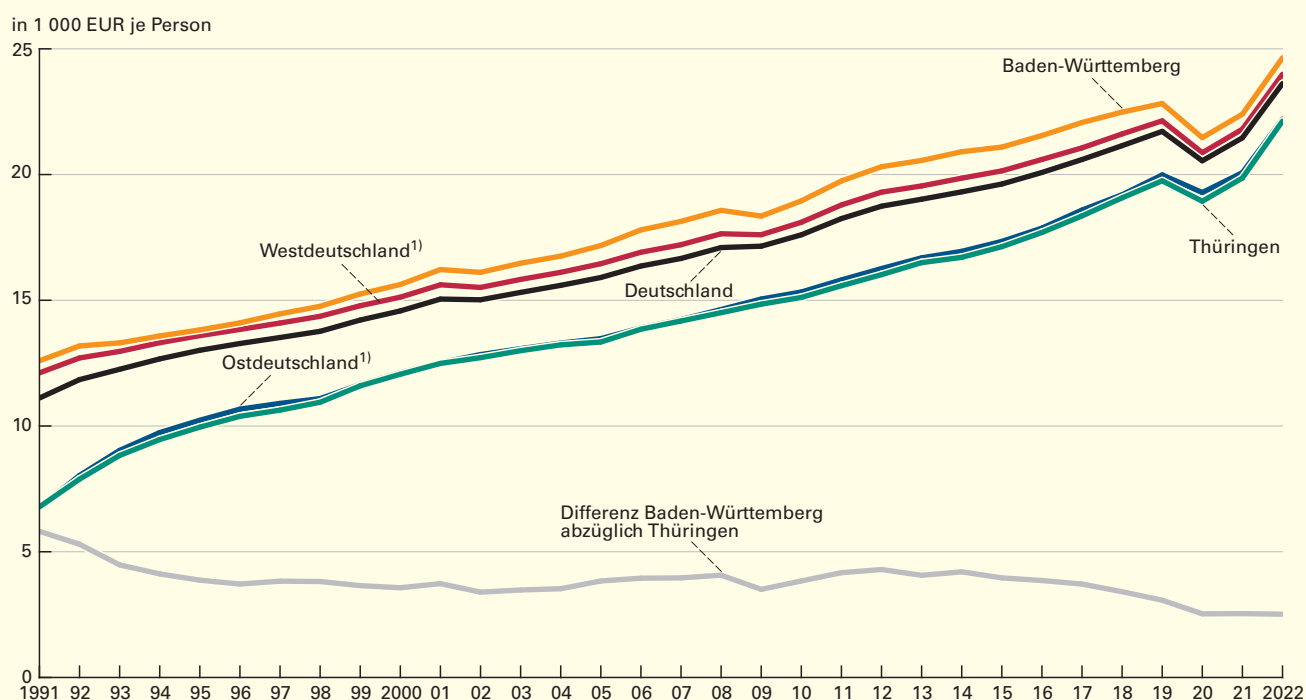
Weitere Daten sind in *Tabelle 1* zusammengestellt. Danach haben sich die Konsumausgaben der privaten Haushalte zwischen 1991 und 2022 in Baden-Württemberg von 12 594 auf 24 642 Euro je EW fast verdoppelt; konkret waren es +95,7 % und damit etwas mehr als beim verfügbaren Einkommen mit +90,1 %. In Thüringen haben sich die privaten Konsumausgaben sogar mehr als verdreifacht – die Zunahme von 6 783 auf 22 126 Euro je EW entspricht einer Steigerung um 226,2 % und damit ebenfalls etwas mehr als beim verfügbaren Einkommen mit +220,7 %. Und wie beim verfügbaren Einkommen, waren die Wach-

tumsunterschiede beider Länder auch bei den Konsumausgaben in den ersten Jahren besonders groß, wie eine Gegenüberstellung der *Schaubilder 1 und 2* veranschaulicht.

So betrugen die Zunahmen der privaten Konsumausgaben je Einwohnerin bzw. Einwohner gegenüber dem Vorjahr in Thüringen 1992 beachtliche 16,3 %, aber in Baden-Württemberg nur 4,7 %; 1993 waren es +12 % gegenüber +0,9 %, 1994 +7,1 % gegenüber +2,1 % und 1995 +5,2 % gegenüber +1,8 %. Unterschiede von mehr als 3 Prozentpunkten wurden in den weiteren Jahren nur noch für das Krisenjahr 2009 mit +2,3 % im Vergleich zu -1,2 % gemessen. Der Wachstumsabstand Thüringens hat sich in den Folgejahren weitgehend fortgesetzt, allerdings in merklich verringertem Ausmaß. Im Zeitraum 1991 bis 2000 war die Ausweitung der privaten Konsumausgaben in Thüringen mit +77,8 % mehr als dreimal so groß wie in Baden-Württemberg mit +24,1 % – die Parallele zum verfügbaren Einkommen mit +77,1 % in Thüringen gegenüber +17,9 % in Baden-Württemberg ist erneut gegeben. Gleiches gilt für die Jahre 2000 bis 2022, in denen die Konsumausgaben der privaten Haushalte in Thüringen um 83,5 % und in Baden-Württemberg um 57,7 %

S2

Entwicklung der Konsumausgaben der privaten Haushalte*) je Einwohnerin bzw. Einwohner in Baden-Württemberg und in Thüringen 1991 bis 2022



*) Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck. – 1) Jeweils ohne Berlin.

Datenquelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

angestiegen sind – beim Verfügbaren Einkommen waren es +81,1 % gegenüber +61,3 %. Der Wachstumsvorsprung Thüringens ist also nach 2000 deutlich zurückgegangen. Und wiederum parallel zum Verfügbaren Einkommen wurden auch bei den privaten Konsumausgaben zwischen 2010 und 2014 für Baden-Württemberg teilweise höhere Steigerungsraten ermittelt als für Thüringen.

Aufgrund der genannten Entwicklung hat Thüringen bei den Konsumausgaben je Kopf der Bevölkerung vor allem in der ersten Dekade kräftig aufgeholt: Beim Indikator „Deutschland = 100“ wurden 1991 noch 61 %, aber 2000 schon 82,7 % gemessen, bis 2022 hat sich ein weiterer Anstieg auf 93,7 % vollzogen. Dagegen war, nicht zuletzt aufgrund des Aufholens der ostdeutschen Länder, in Baden-Württemberg (wie in allen westdeutschen Flächenländern) ein ziemlich kontinuierlicher Rückgang von 113,3 % über 107,2 % auf 104,3 % zu beobachten (Tabelle 1). Ergänzend zeigt *Schaubild 2*, dass die Pro-Kopf-Konsumausgaben der baden-württembergischen Haushalte im gesamten Beobachtungszeitraum merklich höher ausgefallen sind als in Westdeutschland (ohne Berlin), aber in Thüringen ab 1992 etwas niedriger als in der Summe der ost-

deutschen Flächenländer. Die Parallele zum Verfügbaren Einkommen (*Schaubild 1*) ist wieder unverkennbar.

Eine besondere Erwähnung verdient die Entwicklung in den Jahren 2020 bis 2022, die durch die Auswirkungen der Coronapandemie geprägt war und zu einer erheblichen Abweichung der Konsumententwicklung (*Schaubild 2*) vom Einkommenswachstum (*Schaubild 1*) geführt hat. Jeweils gegenüber dem Vorjahr hat das Verfügbare Pro-Kopf-Einkommen 2020, also im ersten Jahr der Coronapandemie, in Baden-Württemberg stagniert und in Thüringen um 2,4 % zugenommen, 2021 war der Zuwachs mit +2,4 % bzw. +2,6 % schon etwas stärker; 2022 folgte dann ein vergleichsweise rasanter Anstieg um 5,5 % bzw. 6,6 %.⁴ Dagegen sind die Konsumausgaben der privaten Haushalte 2020 coronabedingt erheblich eingebrochen, in Baden-Württemberg um 5,9 % und in Thüringen um 4,1 %. Bundesweit belief sich der Rückgang auf 5,4 %, besonders dramatisch ausgefallen ist er in den Bereichen Gastronomie- und Beherbergungsdienstleistungen (–41,7 %), Freizeit, Sport und Kultur, Bildungsdienstleistungen (–19,3 %) und Verkehr (–11,4 %).⁵ In den beiden Folgejahren ist dann im Zuge des

⁴ Zu dieser Verbesserung der Einkommenssituation haben zahlreiche staatliche Hilfsprogramme und Unterstützungsmaßnahmen beigetragen, die einen drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert haben. Allerdings haben auch die Verbraucherpreise 2022 kräftig angezogen, nach dem Deflator für private Konsumausgaben nach den VGR in Baden-Württemberg um 6,1 % und in Thüringen um 7,4 %, das heißt inflationsbereinigt sind die Einkommen 2022 sogar gesunken.

⁵ Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 1.4, Inlandsproduktberechnung – Detaillierte Jahresergebnisse 2022, a. a. O., S. 93.

T1

Konsumausgaben der privaten Haushalte*) je Einwohnerin bzw. Einwohner in Baden-Württemberg und in Thüringen 1991 bis 2022

Jahr	Baden-Württemberg			Thüringen			Differenz Baden-Württemberg abzüglich Thüringen	
	Konsumausgaben	Entwicklung	Deutschland	Konsumausgaben	Entwicklung	Deutschland	Konsumausgaben	Baden-Württemberg
	EUR	2000 = 100	= 100	EUR	2000 = 100	= 100	EUR	= 100
1991	12 594	80,6	113,3	6 783	56,3	61,0	5 811	46,1
1992	13 185	84,4	111,3	7 887	65,4	66,6	5 298	40,2
1993	13 306	85,2	108,6	8 830	73,2	72,0	4 476	33,6
1994	13 580	86,9	107,2	9 461	78,5	74,7	4 119	30,3
1995	13 823	88,5	106,2	9 955	82,6	76,5	3 868	28,0
2000	15 627	100	107,2	12 059	100	82,7	3 568	22,8
2005	17 177	109,9	108,0	13 340	110,6	83,9	3 837	22,3
2010	18 952	121,3	107,7	15 113	125,3	85,9	3 839	20,3
2015	21 092	135,0	107,5	17 131	142,1	87,3	3 961	18,8
2020	21 469	137,3	104,5	18 939	157,1	92,2	2 530	11,8
2021	22 401	143,4	104,4	19 862	164,7	92,5	2 539	11,3
2022	24 642	157,7	104,3	22 126	183,5	93,7	2 516	10,2

*) Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Datenquelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

genannten Wachstums des Verfügbaren Einkommens und einer schrittweisen Beruhigung der allgemeinen Lebenssituation eine deutliche Ausweitung der privaten Konsumausgaben erfolgt – zunächst 2021 mit +4,3 % in Baden-Württemberg und +4,9 % in Thüringen, vor allem aber 2022 mit +10 % bzw. +11,4 %. Die drei Bereiche, in denen die Ausgaben 2020 besonders stark abgesackt sind, haben sich danach überdurchschnittlich erholt und 2022 bundesweit wieder die Anteile an den gesamten Konsumausgaben wie im Vor-Corona-Jahr 2019 erreicht.

■ Unterschiede im Niveau der Konsumausgaben

Wie aus *Schaubild 2 und Tabelle 1* hervorgeht, haben die privaten Haushalte 1991 in Baden-Württemberg mit 12 594 Euro je EW fast doppelt so viel für den privaten Konsum ausgegeben wie diejenigen in Thüringen mit 6 783 Euro je EW, der Rückstand betrug damit im Ausgangsjahr 5 811 Euro je EW. Er hat sich in den anschließenden Jahren bis 1996 mit 3 716 Euro je EW zunächst rasch vermindert und 2000 nur noch 3 568 Euro je EW betragen. Danach hat sich allerdings eine mehr oder weniger kontinuierliche Ausweitung der Lücke auf 4 293 Euro je EW im Jahr 2012 ergeben, mit der das Niveau des Jahres 1993 (4 476 Euro je EW) fast wieder erreicht wurde. Genauso bemerkenswert ist der nachfolgende Rückgang auf den bislang niedrigsten Wert von 2 516 Euro je EW im aktuellen Jahr 2022. Ergänzend gibt *Tabelle 1* Einblick in die Entwicklung der relativen Abstände, also bezogen auf die Pro-Kopf-Konsumausgaben der privaten Haushalte in Baden-Württemberg. Die so definierte Lücke hat im Beobachtungszeitraum konstant abgenommen, sich schon zwischen 1991 mit 46,1 % und 2000 mit 22,8 % mehr als halbiert und 2022 mit 10,2 % nur noch gut ein Fünftel des Wertes im Ausgangsjahr 1991 betragen. Die Verminderung der relativen Lücke zwischen 1991 und 2022 betrug damit bei den Konsumausgaben beachtliche 35,9 Prozentpunkte und ist insofern sogar noch etwas höher ausgefallen als beim Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, wo eine Verkürzung um 34,5 Prozentpunkte (von 49,7 % auf 15,2 %) stattgefunden hat.

Obwohl also Thüringen auch bei den Pro-Kopf-Konsumausgaben nach wie vor hinter Baden-Württemberg zurückgeblieben ist, kann von einem beeindruckenden Aufholprozess gesprochen werden. Dies wird durch zwei Vergleichsrechnungen deutlich. Während das den privaten Haushalten in Baden-Württem-

berg 1991 zur Verfügung stehende Einkommen (14 432 Euro je EW) in Thüringen ungefähr 2005 (14 340 Euro je EW), also nach 14 Jahren erreicht wurde, konnten die Thüringer Haushalte bei den privaten Konsumausgaben schneller aufholen: Das Niveau der in Baden-Württemberg 1991 ausgegebenen Konsumausgaben in Höhe von 12 594 Euro je EW wurde in Thüringen bereits nach 10 Jahren im Jahr 2001 mit 12 490 Euro je EW erzielt. Oder von einem anderen Blickwinkel aus betrachtet: Die 2022 für Thüringen mit 22 126 Euro je EW ermittelten Konsumausgaben entsprechen denjenigen von Baden-Württemberg im Jahr 2017 mit 22 069 Euro je EW, das ist ein Abstand von nur 5 Jahren. Beim Verfügbaren Einkommen hat der Aufholprozess mit 7 Jahren etwas länger gedauert: Thüringen konnte mit seinem 2022 zur Verfügung stehenden Einkommen in Höhe von 23 272 Euro je EW mit dem in Baden-Württemberg für 2015 gemessenen Betrag in Höhe von 23 206 Euro je EW gleichziehen.

Die bei den Konsumausgaben der privaten Haushalte gegenüber ihrem Verfügbaren Einkommen somit raschere Angleichung Thüringens an das Niveau Baden-Württembergs erklärt sich überwiegend durch die Unterschiede in den Konsumquoten beider Länder. Wie bereits erwähnt lag der Anteil der Konsumausgaben am Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im gesamten Untersuchungszeitraum in Thüringen höher als in Baden-Württemberg. Am größten war der Abstand 1991 mit 6,2 Prozentpunkten, und auch 1992 waren es noch beachtliche 4,4 Prozentpunkte. Dies ist letztlich Ausdruck der unmittelbar nach der Wende extrem angespannten Einkommenssituation in Ostdeutschland und damit auch in Thüringen, was sich aus der in *Schaubild 1* abzulesenden Gegenüberstellung erkennen lässt. Nachdem der Abstand bei den Konsumquoten in den Folgejahren abgenommen und 1998 mit einem Prozentpunkt kaum noch erkennbar war, hat er danach erneut zugenommen. Erstaunlicherweise wurden ab 2015 wieder Unterschiede von über 4 Prozentpunkten ermittelt, im aktuellen Jahr 2022 waren es sogar 5,3 Prozentpunkte. Die Ursachen hierfür können vielfältig sein und von überdurchschnittlichen Preissteigerungen bis zu extensiverem Konsumverhalten in Thüringen reichen.

■ Konsumausgaben in jeweiligen Preisen und preisbereinigt

Das Wachstum der privaten Pro-Kopf-Konsumausgaben in Thüringen hat sich wie ausgeführt deutlich von der Entwicklung in

Baden-Württemberg abgehoben, und dies nicht nur in jeweiligen Preisen, sondern auch preisbereinigt. Die entsprechenden Gegebenheiten in jeweiligen Preisen wurden bereits bei der Beschreibung von *Schaubild 2* bzw. der Analyse von *Tabelle 1* dargelegt, ergänzend zeigt sie *Schaubild 3, Teil a)* in der Darstellung zum Referenzjahr 2015 = 100. Auch bei dieser Abbildung werden die extremen Unterschiede in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre deutlich, die sich anschließend zwar merklich abgeflacht haben, aber immer noch sichtbar sind. Außerdem zeigt sich eine im Vergleich zu Baden-Württemberg erheblich stärkere Ausweitung der privaten Konsumausgaben in Thüringen ab 2015 und dabei vor allem ein kräftigeres Wachstum bzw. ein schwächerer Rückgang in den von der Coronapandemie beeinflussten Jahren ab 2019.

Diese Unterschiede bei der Verbrauchsentwicklung beider Länder wurden allerdings in teils erheblichem Maße durch abweichende Preisentwicklungen verursacht. So haben nach Berechnungen der VGR die Preise für Konsumausgaben der privaten Haushalte gerade in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung in Thüringen deutlich stärker zugenommen als in Baden-Württemberg: Jeweils gegenüber dem Vorjahr waren es 1992 +13 % im Vergleich zu +3,2 %, 1993 +10,2 % im Vergleich zu +3,1 % und 1994 +3,1 % im Vergleich zu +2,1 %. In den nachfolgenden Jahren waren die Unterschiede auf maximal 0,6 Prozentpunkte begrenzt, erst im aktuellen Jahr 2022 war der Abstand mit +7,4 % gegenüber +6,1 % und damit um 1,3 Prozentpunkte wieder merklich höher. Ansonsten hat ab Mitte der 1990er-Jahre eine erstaunliche Normalisierung der Konsumentenpreisentwicklung in Thüringen stattgefunden, das heißt eine Angleichung an die Verhältnisse in Deutschland bzw. Baden-Württemberg. Dies wird durch die Verlaufslinien in *Schaubild 3, Teil c)* deutlich zum Ausdruck gebracht. Im gesamten Zeitraum 1991 bis 2022 sind die Verbraucherpreise nach den VGR in Thüringen mit +91,8 % um fast ein Drittel kräftiger angestiegen als in Baden-Württemberg mit +62,5 %.

Woher rühren die exorbitanten Preissteigerungen in Thüringen während der ersten Jahre nach der Wiedervereinigung? Auskunft gibt der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Thüringen. Seine Entwicklung für die gesamte Lebenshaltung entspricht trotz konzeptioneller Unterschiede durchaus der Konsumentenpreisentwicklung nach den VGR, erlaubt aber eine Differenzierung nach Ausgabengruppen. Danach sind die

starken Preisausschläge in Thüringen während der Anfangsjahre überwiegend auf die Wohnungsmieten zurückzuführen: Sie haben – jeweils gegenüber dem Vorjahr – 1992 um sagenhafte 113 %, 1993 nochmals um 59,4 % und 1994 um 12,1 % zugenommen und konnten erst danach mit zunächst zwar noch überdurchschnittlichen, aber wenigstens nur einstelligen Zuwächsen aufwarten. Dass die Preise für Wohnungsmieten so deutlich auf die gesamte Preisentwicklung durchgeschlagen haben, ist umso erstaunlicher, als der Anteil der Wohnungsmieten an den Gesamtausgaben 1991 in Thüringen – wirtschafts- und gesellschaftshistorisch bedingt – mit gerade einmal 6,2 % extrem niedrig war und beispielsweise vom Anteil der Ausgaben für Bekleidung und Schuhe (8,9 %) übertroffen wurde. Überdurchschnittlich hoch sind die Preissteigerungen in Thüringen in diesen Anfangsjahren auch bei Energie sowie bestimmten Dienstleistungen wie vor allem Gesundheits- und Körperpflege ausgefallen, ausgesprochen bescheiden dagegen bei Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren, Bekleidung und Schuhen, Möbeln sowie Haushaltsgeräten und anderen Gütern für die Haushaltsführung.⁶

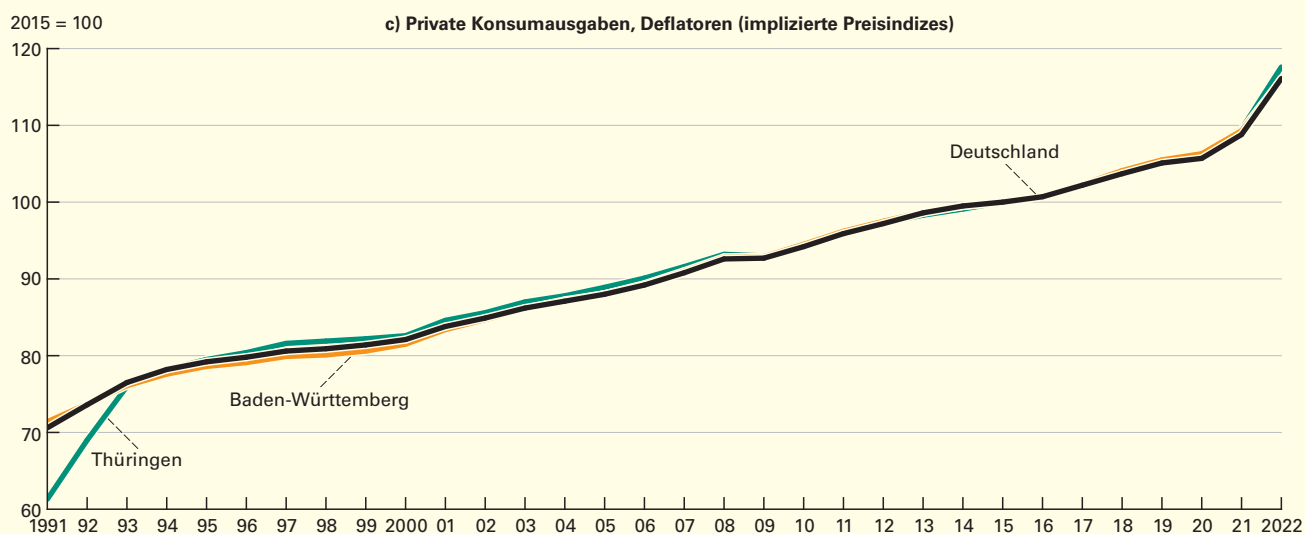
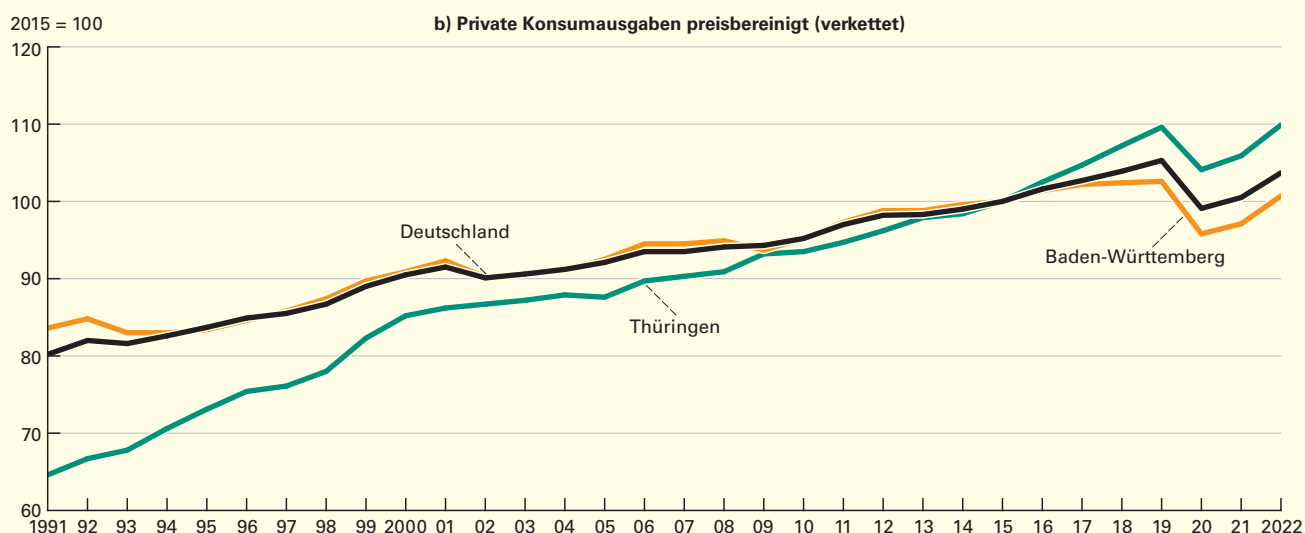
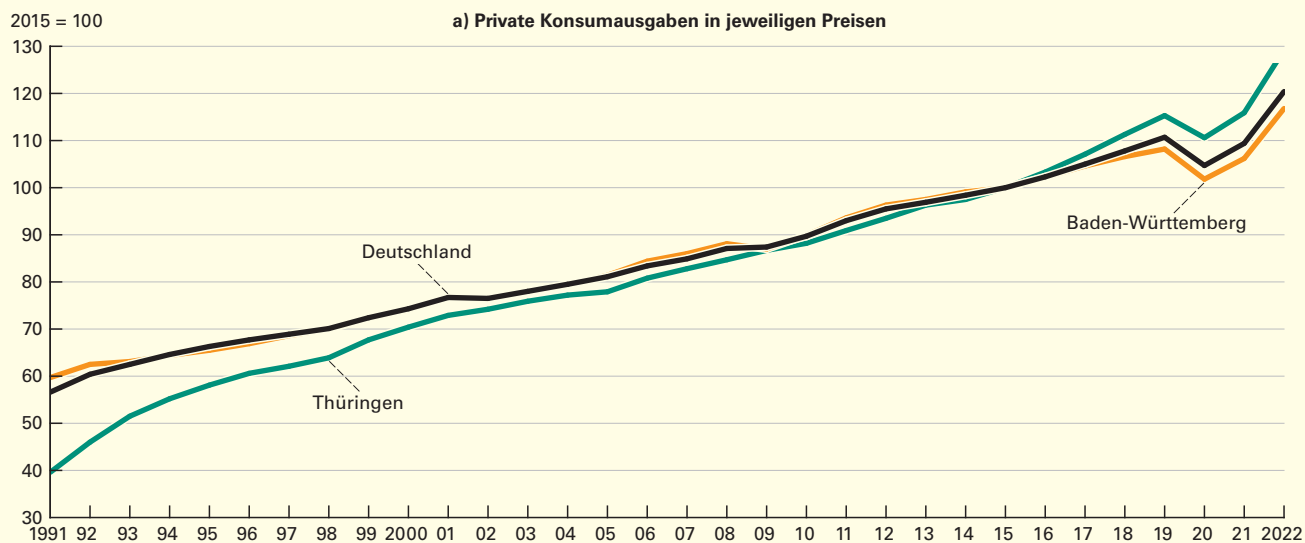
Trotz dieser Preiseffekte sind die Konsumausgaben der privaten Haushalte auch preisbereinigt in den ersten 1990er-Jahren in Thüringen stark angestiegen und haben sich von der Entwicklung in Baden-Württemberg abgesetzt. Wiederum gegenüber dem Vorjahr wurde für 1992 eine Zunahme der preisbereinigten Pro-Kopf-Konsumausgaben in Thüringen um +3,3 %, aber in Baden-Württemberg um +1,5 % ermittelt, 1993 waren es +1,7 % gegenüber –2,1 %, 1994 +4,1 % gegenüber –0,0 %, 1995 +3,6 % gegenüber +0,5 % und 1996 +3,1 % gegenüber +1,4 %. Aufgrund der genannten Angleichung der Preisentwicklung sind auch in den meisten Folgejahren die Konsumausgaben unter Ausschaltung der Preise in Thüringen kräftiger gewachsen als in Baden-Württemberg, im gesamten Zeitraum 1991 bis 2022 waren es in Baden-Württemberg +20,5 % und in Thüringen mit +70,1 % fast dreieinhalb Mal so viel. Insgesamt betrachtet zeigt sich in preisbereinigter Darstellung ein ähnliches, wenngleich abgeflachtes Bild wie in jeweiligen Preisen.

Interessant ist wieder ein Blick auf die aktuellen, durch die Coronapandemie beeinflussten Jahre. Da die Preise für die privaten Konsumausgaben in allen 3 Jahren angestiegen sind, haben sich die Konsumausgaben der privaten Haushalte in den Jahren 2020 bis 2022 preisbereinigt schwächer entwickelt

6 Thüringer Landesamt für Statistik: Statistisches Jahrbuch, Ausgabe 1998, S. 508.

S3

Entwicklung der Konsumausgaben der privaten Haushalte*) je Einwohnerin bzw. Einwohner in Baden-Württemberg und in Thüringen 1991 bis 2022



*) Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Datenquelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

als in jeweiligen Preisen. Mehr oder weniger parallel zur Ausweitung des verfügbaren Pro-Kopf-Einkommens haben die Preise für Konsumausgaben, jeweils gegenüber dem Vorjahr, 2020 mit +0,8 % in Baden-Württemberg und +1 % in Thüringen nur geringfügig zugenommen, 2021 mit +2,8 % und +3,1 % schon merklich kräftiger und 2022 – verstärkt durch Energiepreissteigerungen im Zuge des Kriegs in der Ukraine – mit +6,1 % und +7,4 % ausgesprochen drastisch. Dadurch ist der Rückgang der preisbereinigten Konsumausgaben 2020 mit –6,6 % in Baden-Württemberg bzw. –5 % in Thüringen kräftiger ausgefallen als in jeweiligen Preisen und die Zunahmen 2021 mit +1,4 % und +1,7 % bzw. 2022 mit +3,7 % und +3,8 % entsprechend schwächer. Gleichwohl waren die realen Zuwachsraten 2022 in Baden-Württemberg die höchsten und in Thüringen die zweithöchsten im gesamten Beobachtungszeitraum.

■ Unterschiede im Preisniveau

Trotz der genannten Preisentwicklung bleibt Thüringen beim Niveau der durchschnittlichen Verbraucherpreise immer noch deutlich hinter Baden-Württemberg zurück, das heißt die Lebenshaltung ist für die im Freistaat lebenden Menschen im Durchschnitt günstiger. Dies wird durch eine gemeinsame Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung zu Unterschieden im regionalen Preisniveau bestätigt. Dort wurde für das Jahr 2022 herausgearbeitet, wieviel in den einzelnen Stadt- und Landkreisen für ein einheitliches Güterbündel, das den privaten Verbrauch repräsentativ abdeckt, mehr oder eben weniger als im Bundesdurchschnitt ausgegeben wird.⁷ Leider stehen aktuell keine Daten für die Länder zur Verfügung, allerdings gibt es genügend Hinweise dafür, dass das Leben in Thüringen im Durchschnitt preiswerter ist als in Baden-Württemberg: Zum ersten leben in Baden-Württemberg mehr Menschen in großen Städten als in Thüringen – in Gemeinden also, die sich durch besonders hohe Wohnkosten auszeichnen, weil dort die Verdichtung größer und die Attraktivität für Zuzüge sowie für Touristen stärker ausgeprägt ist. Zum zweiten sind die Preise in den ostdeutschen Flächenländern, auch in größeren Städten, nach wie vor geringer als in vergleichbaren Städten oder Landkreisen Westdeutschlands. Aus der Sicht Thüringens führt dies zu folgenden Ergebnissen: Außer Jena (Indexwert 103,1 % bei Deutschland = 100 %) konnte keine Stadt dieses Landes ein überdurchschnittliches Preisniveau aufweisen, auch nicht die Landeshauptstadt Erfurt

(98,1 %) wie übrigens auch nicht die sächsischen Metropolen Dresden (99,4 %) und Leipzig (96,4 %). Auf der anderen Seite blieb das Preisniveau in den Thüringer Landkreisen Greiz und Altenburger Land (90,5 % bzw. 90,9 %), gemeinsam mit den Kreisen Görlitz und Vogtlandkreis aus Sachsen sowie dem Salzlandkreis aus Sachsen-Anhalt, besonders deutlich hinter dem Bundesdurchschnitt zurück. In Baden-Württemberg haben dagegen 27 der 44 Stadt- und Landkreise, darunter alle kreisfreien Städte, den Bundesdurchschnitt übertroffen, am klarsten Stuttgart (114,8 % und damit Rang 4 hinter Stadt und Landkreis München sowie Frankfurt am Main) sowie Freiburg im Breisgau (112,7 %) und Heidelberg (111,5 %); dagegen haben nur 17 Landkreise den Bundesdurchschnitt verfehlt, am meisten der Main-Tauber-Kreis und der Neckar-Odenwald-Kreis (jeweils 95,8 %).

Sparen der privaten Haushalte

■ Entwicklungslinien und Unterschiede im Niveau des Sparens

Der Teil des verfügbaren Einkommens, den ein privater Haushalt nicht für Konsumausgaben verwendet, wird dem Sparen zugeführt. Und falls die Konsumausgaben eines privaten Haushalts dessen verfügbares Einkommen übersteigen, kommt es in entsprechender Höhe zu einer Verschuldung. Gesamtwirtschaftlich betrachtet wurde das verfügbare Einkommen in der Bundesrepublik Deutschland nie vollständig konsumiert, es hat also immer zu einem (positiven) Sparen der privaten Haushalte gereicht. In den VGR wird Sparen allerdings etwas weiter definiert, nämlich als nicht-konsumierter Teil des verfügbaren Einkommens zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. Dieser Teil des Sparens war in Baden-Württemberg schon immer von Gewicht und ist im Laufe der letzten 3 Jahrzehnte von rund 1 ½ % auf teilweise über 3 % gewachsen. In Thüringen spielte er aus wirtschaftshistorischen Gründen erst ab Mitte der 1990er-Jahre eine Rolle und hat in den letzten Jahren rund 2 % erreicht.

Bezogen auf die Zahl der Einwohnerinnen bzw. Einwohner hat Baden-Württemberg beim Sparen Thüringen stets deutlich übertroffen, und zwar vornehmlich aus zwei Gründen: Zum einen hat Baden-Württemberg durchweg ein höheres verfügbares Pro-Kopf-Einkommen erzielt als Thüringen (*Schaubild 1*), zum anderen haben die privaten Haushalte in Thüringen im Ver-

⁷ Henger, Ralph/Kawka, Rupert/Schröder, Christoph/Wendt, Jan/Böhmer, Hendrik/Gruben, Fabian: Regionale Preisniveaus: Wo es sich am günstigsten und wo am teuersten lebt, IW-Kurzbericht 46/2024. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumplanung im Bundesamt für Bauwesen und Raumforschung Bonn/ Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): Regionaler Preisindex für Deutschland – ein neuer Erhebungsansatz mit Big Data. Bonn, Juli 2023.

gleich zu Baden-Württemberg, wie ausgeführt, stets einen größeren Teil ihres Einkommens konsumiert und dementsprechend einen geringeren Teil gespart. Hinzu kommt das in Baden-Württemberg stärkere Gewicht der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

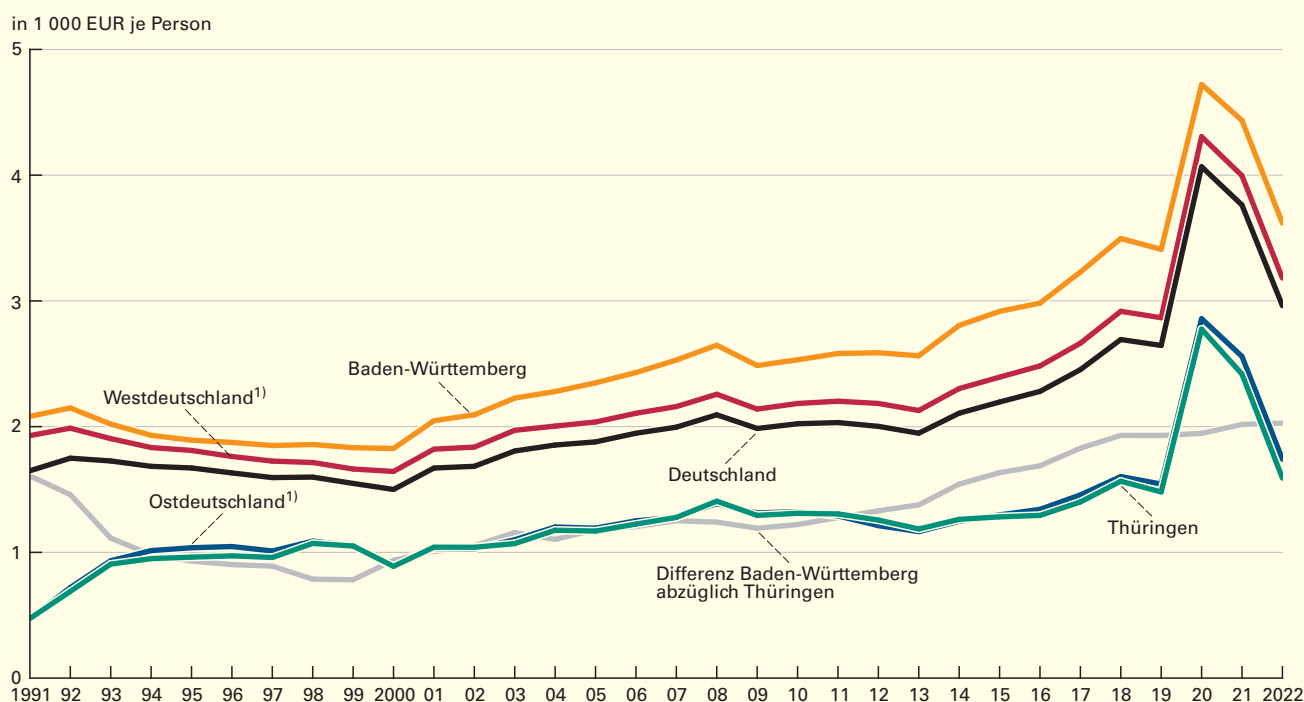
Die Entwicklung zwischen 1991 und 2022 geht aus *Schaubild 4* hervor. Deutlich wird ein besonders hoher absoluter und relativer Rückstand in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung, was durch die Zahlen in *Tabelle 2* zusätzlich belegt wird. Danach haben die privaten Haushalte 1991 in Baden-Württemberg mit 2 082 Euro je EW fast viereinhalbmal so viel gespart wie diejenigen in Thüringen mit 474 Euro je EW; der Rückstand belief sich auf 1 608 Euro je EW oder, bezogen auf den Wert Baden-Württembergs, stolze 77,2 %. In den beiden folgenden Jahren blieb das Pro-Kopf-Sparen in Baden-Württemberg zunächst auf dem Niveau von ungefähr 2 000 Euro je EW, hat dann ziemlich stetig bis auf 1 826 Euro je EW im Jahr 2000 abgenommen, dem niedrigsten Wert im gesamten Betrachtungszeitraum. Direkt im Anschluss, im durch den 11. September geprägten Krisenjahr 2001, ging das Sparen in Baden-Württemberg

sprunghaft auf 2 047 Euro je EW nach oben und ist danach ziemlich kontinuierlich weiter angestiegen, mit zwei Ausnahmen: Im Finanzkrisenjahr 2009 ist ein Rückgang um 161 Euro je EW eingetreten, vor allem aber ist von 2019 auf 2020 ein rasanter Anstieg von 3 410 auf 4 722 Euro je EW und damit um 1 312 Euro je EW oder 38,5 % erfolgt. 2021 waren es mit 4 435 Euro je EW (-6,1 %) nicht allzu viel weniger, erst 2022 wurde mit 3 619 Euro je EW (-18,4 %) wieder ein Wert erreicht, der ungefähr dem mittelfristigen Trend entspricht (*Schaubild 4*). Die hauptsächlich auf die Coronapandemie zurückzuführenden Ursachen wurden bereits bei der Beschreibung der privaten Konsumausgaben genannt. Man kann hier durchaus von Zwangssparen sprechen, weil den privaten Haushalten aus gesellschaftspolitischen Gründen, nämlich zur Abwehr höherer Krankenzahlen, eine Inanspruchnahme verschiedener Dienstleistungen direkt oder indirekt verwehrt war.

Während das Sparen je Kopf der Bevölkerung in Baden-Württemberg von 1991 bis 1995 um 9,1 % zurückgegangen ist, hat es sich in Thüringen mehr als verdoppelt, nämlich von 474 auf 962 Euro je EW (+103,1 %). Besonders

S4

Entwicklung des Sparens der privaten Haushalte*) je Einwohnerin bzw. Einwohner in Baden-Württemberg und in Thüringen 1991 bis 2022



T2

Sparen der privaten Haushalte*) je Einwohnerin bzw. Einwohner in Baden-Württemberg und in Thüringen 1991 bis 2022

Jahr	Baden-Württemberg			Thüringen			Differenz Baden-Württemberg abzüglich Thüringen	
	Sparen	Entwicklung	Deutschland	Sparen	Entwicklung	Deutschland	Sparen	Baden- Württemberg
	EUR	2000 = 100	= 100	EUR	2000 = 100	= 100	EUR	= 100
1991	2 082	114,0	126,3	474	53,3	28,7	1 608	77,2
1992	2 149	117,7	122,8	689	77,5	39,4	1 459	67,9
1993	2 020	110,6	117,0	906	102,0	52,2	1 114	55,1
1994	1 931	105,7	114,7	950	106,9	56,4	981	50,8
1995	1 892	103,6	113,2	962	108,2	57,6	930	49,2
2000	1 826	100	121,7	889	100	59,2	937	51,3
2005	2 348	128,6	125,0	1 169	131,6	62,2	1 179	50,2
2010	2 531	138,6	125,1	1 311	147,4	64,8	1 221	48,2
2015	2 916	159,7	132,8	1 282	144,3	58,4	1 634	56,0
2020	4 722	258,6	116,1	2 775	312,2	68,2	1 946	41,2
2021	4 435	242,9	117,9	2 418	272,0	64,3	2 017	45,5
2022	3 619	198,2	122,2	1 591	179,0	53,7	2 028	56,0

*) Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Datenquelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

stark war der Anstieg zum Vorjahr in den beiden ersten Jahren, so 1992 um 45,5 % und 1993 um 31,5 %. Es hat also schon unmittelbar nach der Wende eine Angleichung an das Sparverhalten in Baden-Württemberg bzw. Westdeutschland stattgefunden. Dies wird dadurch unterstrichen, dass in diesen Jahren die Konsumausgaben der Thüringer Haushalte je Einwohnerin bzw. Einwohner zwar auch kräftig zugenommen haben, so im Vorjahresvergleich 1992 um 16,3 % und 1993 um 12 % bzw. mittelfristig 1995 gegenüber 1991 um 46,8 %, aber eben deutlich geringer als die Ersparnisbildung. Nach 1995 hat sich das Sparen der privaten Haushalte in Thüringen in der Tendenz weiter erhöht, der Rückstand zu Baden-Württemberg bis Ende der 1990er-Jahre kontinuierlich verringert. So wurde der im gesamten Betrachtungszeitraum absolut geringste Rückstand Thüringens zu Baden-Württemberg 1999 mit 782 Euro je EW gemessen, der bis dahin relativ, also bezogen auf den Wert Baden-Württembergs, kleinste Abstand 1998 mit 42,3 %. Bemerkenswert ist vor allem der rasante Rückgang der so definierten relativen Lücke in den Anfangsjahren von 77,2 %

(1991) über 67,9 % (1992) und 55,1 % (1993) auf 50,8 % (1994), wie *Tabelle 2* zeigt. Nach 2000 hat sich der Aufholprozess Thüringens jedoch nicht mehr fortgesetzt: Das Sparen je Kopf der Bevölkerung hat zwischen 2000 und 2022 mit +79 % sogar schwächer zugenommen als in Baden-Württemberg mit +98,2 %. Der Rückstand Thüringens zu Baden-Württemberg ist vor allem absolut deutlich angestiegen und hat 2022 mit 2 028 Euro je EW den absolut höchsten Wert erreicht, das ist mehr als das Zweieinhalbfache des Wertes von 1999 mit 782 Euro je EW. Auch die relative Lücke hat sich vergrößert – sie hat sich nach 1999 zunächst überwiegend in einem Korridor zwischen 49 % und 51 % bewegt, aber ab 2014 zumeist über 55 % betragen. Ausnahmen bilden die beiden durch die Coronapandemie geprägten Jahre 2020 und 2021 (*Tabelle 2*): Der relative Rückstand im Jahr 2019 mit dem bis dahin höchsten Wert von 56,6 % hat sich innerhalb eines Jahres, also bis 2020, auf den im gesamten Zeitraum geringsten Wert von 41,2 % verringert. Er ist auch 2021 mit 45,9 % verhältnismäßig klein ausgefallen, hat sich dann aber 2022 auf 56 % deutlich erhöht. Der

Hintergrund dieser Entwicklung ist, dass der durch die Coronapandemie bedingte Anstieg des Sparens je Kopf der Bevölkerung von 2019 auf 2020 in Thüringen mit 87,5 % mehr als doppelt so kräftig ausgefallen ist wie in Baden-Württemberg mit den genannten +38,5 %. Spiegelbildlich ist der Rückgang von 2020 auf 2021 und von 2021 auf 2022 in Thüringen mit -12,9 % bzw. -34,2 % dann ebenfalls stärker gewesen als in Baden-Württemberg mit -6,1 % bzw. -18,4 %.

Zwischen 1991 und 2022 hat das Sparen je Kopf der Bevölkerung in Thüringen, ausgehend von einem wie ausgeführt sehr niedrigen Niveau, um 225,7 % und damit um gut das Dreifache wie in Baden-Württemberg mit +73,8 % zugenommen. Trotzdem haben die baden-württembergischen Haushalte 2022 je Einwohnerin bzw. Einwohner noch mehr als das Doppelte zurückgelegt als die Thüringer. Niveau und Entwicklung der Ersparnisbildung beider Länder haben nun dazu geführt, dass Baden-Württemberg im gesamten Betrachtungszeitraum über dem Bundesdurchschnitt geblieben ist und – bei Deutschland = 100 % – das Niveau von 1991 mit 126,3 %, nach einigem Auf und Ab, bis 2022 mit 122,2 % knapp halten konnte. Thüringen blieb naturgemäß stets unter dem Bundesdurchschnitt, konnte aber den Wert von 28,7 % im Jahr 1991 auf 57,6 % im Jahr 1995 verdoppeln und 2022 mit 53,7 % noch in etwa halten (*Tabelle 2*). Ergänzend zeigt *Schaubild 4*, dass die privaten Haushalte in Baden-Württemberg pro Kopf stets deutlich mehr zurückgelegt haben als in Westdeutschland ohne Berlin. Thüringen blieb dagegen in den meisten Jahren leicht unter dem Durchschnitt der ostdeutschen Flächenländer, lediglich Anfang der 2000er- und der 2010er-Jahre etwas darüber.

■ Sparquoten

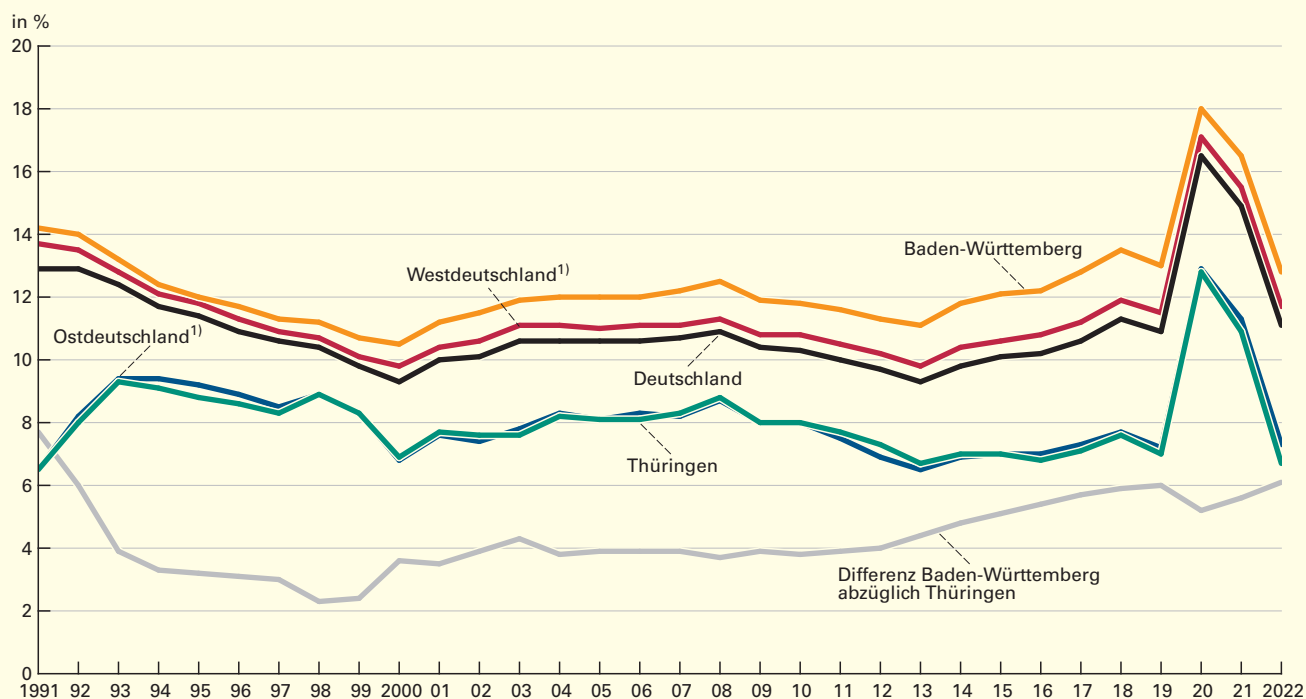
Ein volkswirtschaftlich wichtiger Indikator ist die Sparquote, in den VGR definiert als Sparen (einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche) bezogen auf das Verfügbare Einkommen, ergänzt um eben diese Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. Da das Verfügbare Einkommen im Laufe der über 3 Jahrzehnte in Baden-Württemberg sehr viel stärker zugenommen hat als die Zahl seiner Einwohnerinnen und Einwohner und in Thüringen sogar ein Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen war, hat das Sparen der privaten Haushalte je Kopf der Bevölkerung in beiden Ländern bis 2019 tendenziell zugenommen (*Schaubild 4*), dagegen hat sich die Sparquote in beiden Ländern in einem deutlich engeren Korridor bewegt

(*Schaubild 5*). Ein Vergleich der beiden Schaubilder zeigt gleichwohl ein durchaus ähnliches Verlaufsmuster beider Indikatoren, und zwar in mehrfacher Hinsicht.

Auch die Sparquote hat in Baden-Württemberg zunächst kontinuierlich abgenommen, und zwar von 14,2 % im Jahr 1991 auf 10,5 % im Jahr 2000. Im Anschluss hat sich eine Konsolidierung auf etwas höherem Niveau eingestellt, im Zeitraum 2001 bis 2016 in einer Bandbreite zwischen 11,1 % (2013) und 12,5 % (2008); 2017 und 2022 waren es dann jeweils 12,8 %. Besonders hohe Werte wurden für die beiden durch Corona geprägten Jahre 2020 mit 18 % und 2021 mit 16,5 % ermittelt. In Thüringen ist die Sparquote vom sehr niedrigen Ausgangswert 6,5 % im Jahr 1991 über 8 % im Jahr 1992 auf 9,3 % im Jahr 1993 zunächst stark angestiegen, dann aber bis 2000 wieder auf 6,9 % zurückgegangen, insofern also dem Trend in Deutschland bzw. in Baden-Württemberg gefolgt. Zwischen 2001 und 2019 erreichte die Sparquote in Thüringen Werte zwischen 6,7 % (2013) und 8,8 % (2008), Tiefpunkt und Höhepunkt also in den gleichen Jahren wie Baden-Württemberg bzw. Deutschland insgesamt. Gleichermaßen erreichten die Quoten in den Coronajahren 2020 mit 12,8 % und 2021 mit 10,9 % auch in Thüringen die absolut höchsten Werte, fielen dann aber sehr deutlich auf 6,7 % im Jahr 2022 zurück, den zweitniedrigsten Wert nach 1991.

Wenig verwunderlich ist, dass Baden-Württemberg bei der Sparquote in allen Jahren deutlich höhere und Thüringen erheblich niedrigere Werte verzeichnet hat als Deutschland insgesamt. Ebenso haben die baden-württembergischen Quoten den Durchschnitt Westdeutschlands ohne Berlin stets übertroffen, dagegen die Thüringer den Durchschnitt der ostdeutschen Flächenländer – abgesehen von 2000 bis 2002 und 2007 bis 2014 – zumeist unterboten. Dabei war der Rückstand Thüringens bis 2021 auf maximal 0,4 Prozentpunkte beschränkt, erreichte aber 2022 dann doch 0,6 Prozentpunkte.

Der Vorsprung von Baden-Württemberg gegenüber Thüringen war im Ausgangsjahr 1991 mit 7,7 Prozentpunkten und 1992 mit 6 Prozentpunkten besonders groß, ging dann aber bis auf 2,3 bzw. 2,4 Prozentpunkte in den Jahren 1998 und 1999 zurück. Zwischen 2000 und 2013 hat er sich in einer Bandbreite von 3,5 und 4,4 Prozentpunkten bewegt, danach aber wieder nach oben orientiert; 2022 wurde mit 6,1 Prozentpunkten die nach 1991 höchste Abweichung gemessen.

S5 Entwicklung der Sparquoten der privaten Haushalte*) in Baden-Württemberg und in Thüringen 1991 bis 2022


*) Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck. – 1) Jeweils ohne Berlin.
Datenquelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

508 24

Überschuldung

Der nicht konsumierte, also gesparte Teil des Verfügbaren Einkommens kann zum Vermögensaufbau, aber auch zum Schuldenabbau verwendet werden. Insoweit ist die Überschuldung von Verbrauchern ein interessanter Indikator, der jährlich von der Unternehmensgruppe Creditreform in einem „Schuldner Atlas“ bis auf Kreisebene veröffentlicht wird.⁸ Danach gilt ein privater Haushalt – vereinfacht ausgedrückt – dann als verschuldet, wenn die von ihm zu leistenden Gesamtausgaben über einen längeren Zeitraum hinweg höher sind als seine Einnahmen und kein ausreichendes Vermögen zur Überwindung von Liquiditätsengpässen vorhanden ist. Statistische Grundlage sind Erhebungen von Creditreform, die durch Auswertung von Gerichtsdaten sowie Meldungen von Gläubigern gewonnen werden. Die Ergebnisse zur Überschuldung sind für das Thema dieses Beitrags aus zwei Gründen von Bedeutung:

- Zusammenhänge zwischen Sparen und Überschuldungsabbau

Seit Beginn der Erhebungen im Jahr 2004 waren in Deutschland bis 2019 jährlich rund

ein Zehntel aller über 18-jährigen Einwohnerinnen und Einwohner überschuldet, lediglich in den durch die internationale Finanzkrise und ihre Nachwirkungen geprägten Jahren 2009 bis 2011 waren es mit rund 9,1 % bis 9,4 % merklich weniger. Noch stärker war die Entspannung in den durch die Coronapandemie beeinflussten Jahren 2020 bis 2022: Parallel zum beschriebenen Anstieg der Sparquoten auf die Höchstwerte in den Jahren 2020 und 2021 ist die Überschuldung bundesweit von 10 % im Jahr 2019 auf 9,9 % im Jahr 2020 dann noch stärker auf 8,9 % im Jahr 2021 und schließlich 8,5 % im Jahr 2022 zurückgegangen. Die Verringerung der Überschuldung erfolgte also mit einer gewissen Verzögerung auf die Zunahme des Sparens bzw. die Einschränkung der Konsumausgaben der privaten Haushalte, und sie hat – wie schon in den Jahren nach 2009 – danach weiter angehalten. Verschiedene staatliche Unterstützungsleistungen im Zuge des Kriegs in der Ukraine wie auch die Erhöhung des Mindestlohns haben 2022 trotz weiterhin erheblicher Probleme gerade bedürftiger Haushalte ebenfalls zu einer Stabilisierung beigetragen. Die Zusammenhänge zwischen Abbau der Überschuldung und Drosselung der Konsumausgaben im Zuge der Coronapandemie sind aber unverkennbar.

⁸ Creditreform Wirtschaftsforschung (Hrsg.): SchuldnerAtlas Deutschland 2022 – Überschuldung von Verbrauchern. Neuss, November 2022, S. 29, 71, 72.

■ Überschuldung in Baden-Württemberg und Thüringen

Seit 2004 konnte Baden-Württemberg stets die nach Bayern zweitniedrigsten Überschuldungsquoten aufweisen. Thüringen folgt unmittelbar dahinter auf Platz 3, es konnte 2007 Hessen und 2013 auch noch Sachsen hinter sich lassen. Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt (8,5 %) erreichte Baden-Württemberg 2022 mit knapp 7 % ein um rund 1,5 Prozentpunkte und Thüringen mit 8,1 % ein um 0,4 Prozentpunkte besseres Ergebnis. Dabei war der Rückgang zwischen 2004 und 2022 in Baden-Württemberg – wie in fast allen westdeutschen Flächenländern – mit rund –0,6 Prozentpunkten schwächer ausgeprägt als im Bundesdurchschnitt (–1,3 Prozentpunkte), in Thüringen dagegen mit gut –1,9 Prozentpunkten deutlich stärker. Die erfolgreiche Aufholjagd Thüringens wird dadurch unterstrichen, dass zwischen 2004 und 2022 die Städte Weimar und Erfurt mit einer Abnahme der Überschuldungsquoten um 5,6 bzw. 5,2 Prozentpunkte die größten Verringerungen verzeichnen konnten, außerdem der Kreis Weimarer Land mit 4,1 Prozentpunkten die vierthöchsten nach Frankfurt an der Oder. Demgegenüber musste mit der Stadt Pforzheim ein baden-württembergischer Kreis mit einer Zunahme um 2,3 Prozentpunkte eine besonders hohe Zunahme der Überschuldung verkraften.

Auch in einer anderen Hinsicht schneiden Baden-Württemberg und Thüringen besonders gut ab. Nach Ergebnissen von Befragungen des Statistischen Bundesamts bei Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen war Arbeitslosigkeit 2021 mit 19,9 % der wichtigste Hauptüberschuldungsgrund, ein längerfristiges Niedrigeinkommen mit 10 % immerhin der fünftwichtigste.⁹ Beide ökonomischen Indikatoren können regressionsanalytisch als Einflussgrößen auf die Überschuldung in den 16 Ländern getestet werden, was in einem früheren Beitrag dieser Schriftenreihe mithilfe der Arbeitslosenquoten und des verfügbaren Pro-Kopf-Einkommens der 16 Länder auch umgesetzt wurde.¹⁰ Danach waren die tatsächlichen Überschuldungsquoten in Baden-Württemberg und in Thüringen jeweils deutlich niedriger als es aus dem Trendzusammenhang auf Basis der 16 Länder zu erwarten gewesen wäre. Dies kann dahingehend interpretiert werden, dass außer den beiden genannten ökonomischen Größen (Arbeitslosigkeit, verfügbares Einkommen) auch andere, weichere Faktoren für die Überschuldung in beiden Ländern eine wichtige Rolle spielen. Es kann spekuliert werden, ob dazu Gemeinsamkeiten in Fragen des allgemeinen Spar- und Kon-

sumverhaltens eine Rolle spielen, die Thüringerinnen und Thüringer also den Baden-Württembergerinnen und Baden-Württembergern (Zitat *Angela Merkel*: „Schwäbische Hausfrau“) auch in dieser Hinsicht ähnlich sind. Der Autor, der beide Länder recht gut kennt, mag dies nicht ausschließen.

Unterschiede bei den Konsumausgaben und beim Sparen der privaten Haushalte: Zusammenfassung

Im Rahmen der Reihe „Baden-Württemberg und Thüringen im Vergleich“ wurde festgestellt, dass trotz beachtlicher Aufholerfolge beim Einkommen der privaten Haushalte nach wie vor eine große Lücke besteht. Dies betrifft zunächst die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer: 1991, also im ersten Jahr nach der Wiedervereinigung, wurde für diese umfangreichste Einkommensquelle ein Rückstand Thüringens gegenüber Baden-Württemberg von 51,5 % gemessen, nach 28,1 % im Jahr 2000 waren es im Jahr 2022 immer noch 19,5 %. Noch weiter geht die Schere auseinander, wenn man auch die Einkommen aus Selbstständigkeit und Vermögen sowie die Nettobetriebsüberschüsse einbezieht, also die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen betrachtet. Beim so definierten Primäreinkommen der privaten Haushalte belief sich die Einkommenslücke Thüringens, bezogen auf den Wert Baden-Württembergs, 1991 auf 61,5 %; sie konnte inzwischen zwar fast halbiert werden, betrug aber nach 40,8 % im Jahr 2000 gleichwohl noch beachtliche 31,1 % im Jahr 2022. Allerdings führt das deutsche Steuer-, Abgaben- und Sozialsystem zu einer erheblichen Angleichung. Beim verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, bei dem die Einkommen- und Vermögensteuern sowie die Sozialbeiträge abgezogen und verschiedene monetäre Sozialleistungen hinzugefügt werden, verringert sich der Abstand Thüringens in den genannten Jahren von 47,9 % (1991) über 24,4 % (2000) auf 14,8 % (2022).

Indem den Menschen in Thüringen weniger Einkommen als denen in Baden-Württemberg zur Verfügung steht, können sie weniger für Konsum ausgeben oder als Ersparnis zurücklegen. Allerdings war die Konsumquote, also der Anteil der Konsumausgaben am verfügbaren Einkommen, im gesamten Betrachtungszeitraum in Thüringen stets höher als in Baden-Württemberg, weshalb der Rückstand bei den Pro-Kopf-Konsumausgaben geringer ausgefallen ist als beim verfügbaren Einkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner. Die auf den

9 Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 15, Reihe 5, Statistik zur Überschuldung privater Personen 2021. Wiesbaden, Mai 2022.

10 Münzenmaier, Werner: Überschuldung privater Haushalte in Baden-Württemberg und in anderen Ländern Deutschlands 2017 bis 2021, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 2/2022, S. 28–34.

Wert Baden-Württembergs bezogene Lücke belief sich 1991 auf 46,1 %, 2000 auf 22,8 % und 2022 auf nur noch 10,2 %. Die Gegenüberstellung der privaten Konsumausgaben zum verfügbaren Einkommen zeigt nicht nur den genannten Niveauunterschied, sondern auch eine weitgehend parallele Entwicklung dieser volkswirtschaftlichen Größen in beiden Ländern. So haben die Konsumausgaben der privaten Haushalte von 1991 bis 2022 in Baden-Württemberg um 95,7 % zugenommen und damit um nur wenig mehr als das verfügbare Einkommen mit 90,1 %. Erheblich größer waren die Steigerungsraten in Thüringen, wo die privaten Konsumausgaben um 226,2 % und damit ebenfalls etwas stärker als das verfügbare Einkommen mit 220,7 % gewachsen sind. Ein nicht unerheblicher Teil der Wachstumsunterschiede bei den Konsumausgaben der privaten Haushalte ist auf Preissteigerungen bei den privaten Konsumausgaben zurückzuführen, sie haben in diesen 32 Jahren in Thüringen 91,8 % und in Baden-Württemberg nur 62,5 % betragen. Trotz der höheren Verbraucherpreissteigerungen in Thüringen haben die preisbereinigten Konsumausgaben im Freistaat mit +70,1 % dreieinhalbmal so stark zugenommen wie in Baden-Württemberg mit +20,5 %.

Eine in Thüringen höhere Konsumquote in Verbindung mit einer kräftigeren Zunahme der privaten Konsumausgaben hat dazu geführt, dass dort die Ersparnisbildung durchweg schwächer ausgeprägt war als in Baden-Württemberg. Zwar hat das Sparen je Kopf der Bevölkerung in Thüringen, ausgehend von einem ausgesprochen niedrigen Niveau, von 1991 bis 2022 um 225,7 % und damit um gut das Dreifache wie in Baden-Württemberg mit +73,8 % zugenommen, trotzdem haben die baden-württembergischen Haushalte 2022 je Einwohnerin bzw. Einwohner noch mehr als das Doppelte zurückgelegt wie die Thüringer.

Eine besondere Würdigung verdient die Entwicklung von Einkommen, Konsumausgaben und Sparen in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung und in den aktuellen 3 Jahren. Zwischen 1991 und 1995 haben sich alle drei volkswirtschaftlichen Indikatoren je Kopf der Bevölkerung in Thüringen erheblich besser entwickelt als in Baden-Württemberg und damit auch maßgeblich das unterschiedliche Wachstum im gesamten Untersuchungszeitraum bestimmt: Das verfügbare Einkommen hat in Thüringen um 50,4 % und damit deutlich stärker zugelegt als in Baden-Württemberg mit 6,9 %; die privaten Konsumausgaben sind in Thüringen um 46,8 % angestiegen, dagegen in Baden-Württemberg nur um 9,8 %; und

die Ersparnisbildung ist in Thüringen um 103,1 % gewachsen, aber in Baden-Württemberg um 9,1 % zurückgegangen. In den durch die Coronapandemie geprägten Jahren 2020 bis 2022 hat sich die Entwicklung der privaten Konsumausgaben deutlich von Einkommenswachstum abgehoben: Jeweils gegenüber dem Vorjahr sind sie je Einwohnerin bzw. Einwohner 2020 in Baden-Württemberg um 5,9 % und in Thüringen um 4,1 % eingebrochen, haben dann 2021 mit +4,5 bzw. +4,9 % in ähnlicher Größenordnung wieder zugenommen und sind 2022 sogar noch deutlicher um 10 % bzw. 11,4 % angestiegen. Entsprechend hat das Sparen der privaten Haushalte 2020 gewaltig angezogen (Baden-Württemberg +38,5 %, Thüringen sogar +87,5 %), hat dann 2021 wieder abgenommen (–6,1 % bzw. –12,9 %) und ist 2022 geradezu abgesackt (–18,4 % bzw. –34,2 %). Zunahme und Einbruch der Spartätigkeit war also in Thüringen deutlich intensiver als in Baden-Württemberg. Das Niveau des Jahres 2019 wurde 2022 in beiden Ländern wieder übertroffen.

Ein erheblicher Teil der in diesen Jahren quasi zwangsweise erhöhten Sparbildung wurde offensichtlich zum Abbau von Schulden verwendet, darauf deutet jedenfalls die Entwicklung der Überschuldung privater Personen hin. Nach den von Creditreform Wirtschaftsforschung durchgeführten Erhebungen waren bis 2019 zumeist 10 % oder mehr der erwachsenen Einwohnerinnen und Einwohner Deutschlands in dem Sinne überschuldet, dass ihre Gesamtausgaben über einen längeren Zeitraum hinweg höher waren als ihre Einnahmen und unüberwindbare Liquiditätspässe vorlagen. 2020 ist dann im Zuge der höheren Sparquoten die Überschuldungsquote bundesweit auf knapp 9,9 % und 2021 nochmals auf 8,9 % zurückgegangen, 2022 waren es sogar nur noch 8,5 %. Weiter bemerkenswert ist, dass Baden-Württemberg und Thüringen hinter Bayern seit längerem die niedrigsten Überschuldungsquoten aufgewiesen haben, geringere außerdem, als es aufgrund der Einkommenssituation und der Arbeitslosigkeit zu erwarten gewesen wäre. ■